

Ministerium für Soziales,  
Gesundheit und Verbraucherschutz  
Postfach 1121 - 24100 Kiel

**Ministerium für Soziales,  
Gesundheit und Verbraucherschutz  
des Landes Schleswig-Holstein**

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Umdruck 15/4431**

An den Vorsitzenden  
des Sozialausschusses  
im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Postfach 7121

24171 Kiel

Ihr Zeichen / vom

Mein Zeichen / vom  
VIII 321-723.001.030

Telefon (0431)  
988-7320  
Frau Dr. Lorenz


Datum  
14 .April 2004

**Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständesi-  
cherheit (Landtagsdrucksache 15/2368)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Beratungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Lebensmittel- und Be-  
darfsgegenständesicherheit (Lebensmittelsicherheitsgesetz) wurden auf der 67. Sitzung des  
Sozialausschusses sowie auf der 61. Sitzung des Agrarausschusses ausgesetzt. Hintergrund  
waren laufende Gesetzgebungsvorhaben auf Bundesebene, insbesondere das Geräte- und  
Produktsicherheitsgesetz (GPSG). Mit dem GPSG werden Regelungen im Lebensmittelsicher-  
heitsgesetz überflüssig. Das GPSG wurde mittlerweile veröffentlicht und tritt am 1. Mai 2004 in  
Kraft.

Adolf-Westphal-Straße 4  
24143 Kiel  
(für Frachtsendungen)  
Telefon (0431) 988-0  
Telefax (0431) 988-5416  
E-Mail: Poststelle@SozMi.landsh.de

 Gablenzstraße:  
Linien: 11/12,  
21, 31, 32, 33, 34,  
100, 101, 200, 201, 210, 300

Weitere Rechtssetzungsvorhaben auf EU- und Bundesebene, die voraussichtlich im Laufe dieses Jahres bzw. des Jahres 2005 veröffentlicht werden, werden ebenfalls Regelungen im Lebensmittelsicherheitsgesetz hinfällig werden lassen. Zu Benennen sind hier die ‚Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung‘, das ‚Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch‘ sowie der Vorschlag der Europäischen Kommission zu einer ‚Verordnung über amtliche Futter- und Lebensmittelkontrollen‘.

Da mit dem GPSG bereits zwei Kernelemente des Lebensmittelsicherheitsgesetzes, nämlich die Anordnungen im Einzelfall (§ 5) und die Durchführung der öffentliche Warnung (§ 6) überflüssig werden und Regelungen über die Erfassung von Lebensmittelbetrieben (§ 4) und Festlegung von kostendeckenden Gebühren (§ 7) in absehbarer Zeit durch höherrangiges Recht vorgegeben werden, sollte der Gesetzentwurf zurückgezogen werden.

Es wird angeregt, die Landtagsdrucksache 15/2368 auf einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses wieder zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Pieper